

Herren-  
Hüte  
ieren  
und schnellster  
genommen bei  
Marktstraße.  
Pfund  
Mark 4.50,  
agsmehl,  
ckmehl,  
-Mehl,  
nfumverein.  
ergütungscheine  
werden.  
zurück  
absehener  
rnkrankheiten  
rennerstraße 711  
Telefon 1713 =  
3-5 Uhr.  
g nicht.  
Boggon - 300 Zentner  
pezial O  
1  
um frei, welches ich zu  
gehend, evtl. telefonisch  
ng,  
h ein in Calw ge-  
stockiges  
aus  
erwöhnung, 35 qm  
rem Gemüsegarten.  
antl erteilt  
billen u. Hypotheken  
echer 17.  
Markenfreies  
Beizenmehl  
empfeilt  
Otto Jung.  
Schöne weiße  
Den- und Band-  
Nudeln  
rtoffelstärkemehl  
Brünnern-Mehl  
billigt zu haben.  
Nonnenmacher.  
Bei Anzeigen  
die uns  
durch  
Fernsprecher  
aufgegeben werden,  
kann  
keine Gewähr  
für richtige  
Wiedergabe  
abernommen werden  
Verlag des  
Calwer Tagblattes.

# Calmer Tagblatt

Nr. 189.

Amts- und Anzeigebblatt für den Oberamtsbezirk Calw.

96. Jahrgang.

Druck- und Verlagsanstalt: 6 mal wöchentlich. Anzeigenpreis: Die kleinste Zeile 60 Pf. wöchentlich. Auf Samstagsanzeigen kommt ein Zuschlag von 100%. — Preispr. 3.

Dienstag, den 16. August 1921.

Bezugspreis: In der Stadt mit Trägerlohn Mk. 12.00 vierteljährlich. Postbezugspreis Mk. 12.50 mit Postgebühren. — Schluss der Anzeigenannahme 8 Uhr vormittags.

## Die politische Lage nach der Tagung des Obersten Rats.

### Der Aufruf der Reichsregierung.

Berlin, 15. Aug. Der Reichspräsident und die Reichsregierung veröffentlichen folgenden Aufruf:

Die Entscheidung über Oberschlesien ist wider Erwarten nicht gefallen. Die Leidenszeit des ober-schlesischen Volkes hat ihr Ende noch nicht gefunden. Es gilt in zäher Ausdauer weiter auszuharren. Oberschlesien! Unsere Sache ist gerecht. Die Gerechtigkeit wird und muß siegen, wenn das Selbstbestimmungsrecht der Völker Geltung haben soll. Ihr habt Euch mit überwältigender Mehrheit für Deutschland ausgesprochen. Euer und des Reiches Wohlergehen hängt davon ab, daß Oberschlesien beim Reiche verbleibt. Oberschlesien! Ihr habt bisher trotz schwerster Herausforderungen mühsamer Ruhe und Ordnung bewahrt. Die berechtigten Abwehr der Gewalttaten polnischer Insurgenten hat auch die Welt nicht verlagert. Bewahrt auch weiterhin die Selbsttätigkeit, die Euch bisher ausgezeichnet hat! Laßt die lästige Ueberlegung nicht schwindein und laßt Euch durch nichts zu unüberlegten Handlungen verleiten, die Eurer gerechten Sache nur Schaden bringen würden! Mit Euch hofft das ganze deutsche Volk, daß der Tag nicht fern ist, an dem das Selbstbestimmungsrecht der Völker in der Wiedervereinigung Oberschlesiens mit Deutschland, dem es seit 7 Jahrhunderten angehört hat, Anerkennung findet zum Behn Oberschlesiens, des Deutschen Reichs, des wirtschaftlichen Wiederaufbaus Europas und des Friedens der Welt.

Der Reichspräsident: Ebert. Die Reichsregierung: Dr. Brüning.

### Vorläufig keine Einberufung des auswärtigen Ausschusses.

Berlin, 15. Aug. Dr. Stresemann, der Vorsitzende des Reichsausschusses für auswärtige Angelegenheiten, hatte heute vormittag mit dem Reichskanzler eine eingehende Besprechung über die Gesamtfrage sowie über die zur Erledigung stehenden Einzelfragen. Besonders war Oberschlesien Gegenstand der Besprechung. Ein Zeitpunkt für die Einberufung des auswärtigen Ausschusses wurde in der Besprechung noch nicht festgesetzt.

### Keine vorzeitige Einberufung des Reichstags.

Berlin, 15. Aug. Wie die Botschaft-Zeitung mitteilt, werden der Reichskanzler und der Reichsminister des Innern im auswärtigen Ausschuss einen ausführlichen Bericht über die gesamte außenpolitische Situation, besonders über den Stand der ober-schlesischen Frage erstatten. Der Sitzung des auswärtigen Ausschusses werden Besprechungen des Reichskanzlers mit den Parteiführern vorausgehen, zu denen die Einladungen bereits er-gangen sind. An eine vorzeitige Einberufung des Reichstags wird infolge des Beschlusses des Obersten Rats, die ober-schlesische Frage dem Völkerbund zu unterbreiten, nicht gedacht.

### Lloyd George über die Aufgabe des Völkerbundes.

London, 15. Aug. Auf eine Anfrage erklärte Lloyd George im Unterhaus, der Völkerbundsrat sei gebeten worden, sein Gutachten über die Grenzlinie zwischen Deutschland und Polen in Oberschlesien abzugeben, welche die Alliierten und assoziierten Hauptmächte festlegen sollten. Mit Rücksicht auf die Lage in Oberschlesien seien die im Völkerbundsrat vertretenen Mächte gebeten worden, die Sache als sehr dringlich zu behandeln. Die Frage der Abhaltung der Tagung in nächster Zeit werde jetzt vom Völkerbund erwogen. Auf die Frage, ob die Vertreter Polens und Deutschlands ersucht werden sollen, ihre Sache dar-zulegen, erklärte Lloyd George, er hege keinen Zweifel, daß den Beteiligten durchaus Gelegenheit gegeben werde, ihre Sache zu vertreten. Inwiefern liegt solches lediglich innerhalb der Befug-nisse des Völkerbundes.

### Eine englische Pressestimme über den Obersten Rat und die französische Politik.

London, 15. Aug. Der Pariser Berichtler der „Westminster Gazette“ schreibt zu der ober-schlesischen Frage, man sehe in Paris die französisch-polnische Sache als verloren an. Es wäre für Irland vielleicht noch günstiger gewesen, wenn er alle die von Lloyd George dargelegenen Kompromisse angenommen hätte. Es sei so gut wie sicher, daß die Delegierten Englands, Italiens und Japans im Völ-kerbundsrat in der ober-schlesischen Frage denselben Standpunkt ein-nehmen werden, wie Lloyd George. Anzeichen deuten darauf hin, daß China und Spanien und wahrscheinlich auch Brasilien den eng-lischen Standpunkt vertreten werden. Es bestehe demnach die Ge-fahr, daß die Isolierung Frankreichs noch deutlicher zutage tret-en werde. Frankreich habe selbst dazu beigetragen, daß es in eine solche Lage kam, da es seine europäische Politik auf ein militärisches und politisches Bündnis mit einem imperialistischen und einem fast immer unwilligen Polen aufbaute. Der Zusammenbruch einer solchen Al-lianz werde ein harter Schlag für die französische Politik sein. Die französische Diplomatie habe seit dem Waffenstillstand und besonders

in den letzten 18 Monaten immer auf das falsche Pferd gesetzt. Man könne eine außerordentliche Zahl von Mißerfolgen aufzählen. Das polnische Pferd sei ein sicherer Verlierer. Weiter schreibt der Bericht-erfasser des liberalen Blattes: „Der Oberste Rat, wie er bisher be-stand, ist auf jeden Fall tot. Die Methode der hastigen Zusammen-lünfte, die im Angesicht der ganzen Welt in Szene gesetzt wurden, die bozermäßigen Zweikämpfe von Staatsmännern, deren Gegen-sätze offenbar wurden, die Aufspeisung einer fieberhaften öffent-lichen Meinung, die tatsächlich nur Zeitungsmeinung war — in der Tat kümmert sich das französische Volk keinesfalls um Oberschlesien —, die theatralische Aufmachung dieser Verhandlungen und der völlig bankrotten europäischen Diplomatie, die hier zu Tage trat, ist jetzt vorbei. Kein Wunder, daß Harvey verächtlich von europäischen Staatsmännern denkt, kein Wunder, daß Amerika, dessen Sympathie und Mitwirkung trotz alledem nötig ist, von den traurigen Zustän-den angeleitet, Europa den Rücken wendet.“

### Zusammenkunft des Völkerbundsrats am 22. August.

Berlin, 15. Aug. Die „Daily Mail“ veröffentlicht, wie das „Stuttgarter Neue Tagblatt“ erfährt, folgende Mitteilung des Direktors des Informationsdienstes des Völkerbundes, Berke-ley: Der Rat des Völkerbundes wird am 22. August in Genè-ve tagen. Polen wird während der Behandlung der ober-schlesischen Frage einen Vertreter im Rats des Völkerbundes haben und Deutschland soll aufgefordert werden, während dieser Zeit ein-stweilig Mitglied des Völkerbundes zu werden und ebenfalls einen Vertreter in den Rat zu entsenden.

### Die Lage in Oberschlesien.

#### Ruhe in Oberschlesien?

Berlin, 15. Aug. Nach den hier vorliegenden Nachrichten ist zur Stunde in Oberschlesien alles ruhig, trotz des großen Gefühls der Enttäuschung, das die weitere Sinausschiebung der Entscheidung über Oberschlesien in der gesamten Bevölkerung hervorgerufen hat. Bis zum 8. August war allerdings die Gefahr eines neuen politischen Aufstandes sehr groß. Der für diesen Tag als Einleitung einer neuen Aktion geplante Generalstreik scheiterte jedoch vor allem an der Kamp-fesamüdigkeit der polnischen Bevölkerung. Die Gefahr eines neuen Aufstandes liegt also weniger bei der Masse der polnisch gesinnten Oberschlesier, als vielmehr bei den dort antwortenden polnischen Auf-standsbefehlshabern, die angeblich zu Liquidationszwecken dienen sollen. Zu Wirksamkeit zielt aber ihre Tätigkeit dahin, durch lokale Zwischen-fälle die deutsche Bevölkerung zu provozieren und sie zu Unbesonnen-heiten zu verleiten. Auf deutscher Seite hat man die Absichten der polnischen Aufständischen durchschaut. Alle deutschen Stämme sind bemüht, die Bevölkerung zur Ruhe zu ermahnen, damit derartige polnische Pläne zum Scheitern kommen. Zur Beruhigung der Be-völkerung wird auch beitragen, daß die deutsche Regierung von mor-gen ab die Erwerbslosenfürsorge in Oberschlesien in Kraft setzt. Die deutsche Regierung tut also alles, um die ober-schlesische Bevölkerung in Ruhe zu halten.

#### Beginnende Unruhen?

Berlin, 15. Aug. Wie die Morgenblätter melden, versuchten größere polnische Banden von jenseits der polnischen Grenze in der Nähe von Myslowitz in Oberschlesien einzudringen. Be-satzungstruppen und Apo-Beamt stellten sich ihnen entgegen. Nach kurzem Feuergefecht zogen sich die Banden über die Grenze wieder zurück. Als sie jenseits der Grenze waren, eröffneten sie eine lebhafteste Schießerei auf die ober-schlesischen Ortschaften längs der Grenze.

Berlin, 15. Aug. Im Kreise Rosenberg wurde, wie die Bos-sische Zeitung meldet, gegen das Auto des wegen seiner Unpar-teilichkeit bei der deutsch-geplanten Bevölkerung beliebten eng-lischen Polizeioffiziers Majors Cresay eine Eierhandgranate geworfen, die zwar explodierte, aber keinen Schaden anrichtete.

Berlin, 15. Aug. Im Berliner Lokalanzeiger schildert ein Augenzeuge die grausame Mißhandlung eines italienischen Ser-geanten auf dem Bahnhof Charlottengrube bei Rhömit durch polnische Insurgenten. Etwa 30 Insurgenten rissen den Ser-geanten aus dem Zuge und schlugen unter Verwünschungen Italiens solange auf ihn ein, bis er zusammenbrach. Die fran-zösische Bahnhofswache sah dem Vorfall untätig zu. Der Ita-liener, der sich wieder in den Zug geschleppt hatte, wurde dort von den Insurgenten weiter mißhandelt. Er ist an den erlit-tenen Verletzungen gestorben.

Beuthen, 15. Aug. Heute abend gegen 6 Uhr versuchten Insurgenten, unterstützt von Mannschaften der Gemeindegewache Hohenlinde, einen Vorstoß gegen die Stadt Beuthen, wobei zwei Deutsche verwundet wurden, darunter einer sehr schwer. Den

Apo-Beamten gelang es, 6 Insurgenten zu ermitteln und zu verhaften. Sie wurden unter starker Bedeckung nach Beuthen abgeführt.

Beuthen, 15. Aug. Gestern abend gegen 7 1/2 Uhr wurde eine vor dem Waldplatz in Dombrowa auf die Straßenbahn war-tende etwa 100köpfige Menschenmenge von etwa 30-40 Ban-diten plötzlich umzingelt, mit Stöcken geschlagen und mit Waffen bedroht. Mehrere Männer und Frauen wurden durch Stöck-schläge blutig verletzt. Ein Kaufmann aus Beuthen wurde mit einem Gummiknüppel derart gefoltert, daß er ins Kranken-haus geschafft werden mußte. Als Polizeibeamte herbeieilten, ergriffen die Banditen die Flucht und entkamen unerkannt.

### Die Hungersnot in Rußland.

#### Das Kinderelend in Rußland.

Moskau, 15. Aug. Der Zentral-Sowjet hat an alle Vertreter im Ausland und an die Sowjetkommissare eine Note gerichtet, in der dar-auf hingewiesen wird, daß die Lage in den ausgehungerten Gegen-den äußerst ernst sei. Die Note fügt bei, daß wenn innerhalb 20-25 Tagen in diesen Gegenden keine Lebensmittel eingetroffen seien, das Leben von 10 000 Menschen in Gefahr stände.

In der „Pravda“ entwirft Lunatscharski ein schauriges Bild der Hungersnot. An den Ufern der Wolga leben die Kinderelenden, deren Zahl von Tag zu Tag wächst, unter umgekippten Booten. Sie ernähren sich von Diebstahl und Raub. In Samara stehen die Kin-der in großen Mengen vor den Rathäusern und stehen um Brot. In den Kinderheimen sind die Nationen so vermindert worden, daß die meisten Kinder dem sicheren Tode geweiht sind. Die von ihren Eltern verlassenen Kinder werden von den Behörden gesammelt, nicht um sie zu retten, sondern um sie nicht vor aller Augen sterben zu lassen. Die Fälle mehren sich, daß die Eltern ihre Kinder ertränken, um sie vor dem Hungertode zu bewahren. Nach ungefähren Berechnungen sind an der Wolga über 300 000 Kinder von den Eltern verlassen und dem Hungertode preisgegeben. Die Behörden sehen sich außer-stande zu helfen.

#### Hilfe für Rußland.

London, 15. Aug. Sunday Times erfahren, daß sich im Laufe der allernächsten Tage eine internationale Kommission nach Rußland begeben soll, um die Maßnahmen zur Bekämpfung der Hungersnot zu organisieren.

#### Die Internationale Hilfe-Konferenz.

Berlin, 15. Aug. Die in Berlin versammelte Konferenz des internationalen Gewerkschaftsbundes, an der Vertreter Frank-reichs, Belgiens, Hollands, der Tschecho-Slowakei, Südslawiens, der Schweiz, Schwedens, Dänemarks, Luxemburgs, Lettlands und Deutschlands teilnahmen, beschloß, die in den einzelnen Ländern zur Bekämpfung der Hungersnot in Rußland schon eingeleiteten Sammlungen zu zentralisieren. Diese Fonds sollen möglichst zur sanitären Hilfeleistung und Beschaffung von Le-bensmitteln verwandt werden. Eine erste Expedition soll sofort nach Rußland entsandt werden. Eine Million Mark werden sofort aus Mitteln des internationalen Gewerkschaftsbundes bereitgestellt.

### Zur auswärtigen Lage.

#### Französisch-polnische Absichten auf das Memelgebiet.

(Grz.) Königsberg, 15. Aug. Zu den polnischen Absichten auf das Memelgebiet wird der Königsberger Hartungssche Zeitung von besonderer Seite geschrieben: Was die politische Zukunft des Memelgebiets betrifft, so deuten alle Anzeichen darauf hin, daß Frankreich auch das Memelgebiet seinem guten Freunde Polen zuschlagen will. Vor noch wenigen Monaten gab es keinen Bewohner polnischer Nationalität im Memel-gebiet. Vor kurzem errichtete der polnische Staat in Memel ein Konsulat. Zwar versicherte der polnische Konsul bei seinem Dienstantritt, Polen dachte gar nicht daran, Ansprüche auf das Memelgebiet zu erheben; aber mit diesem Tage fehlte trotzdem eine „friedliche“ Eroberung des Gebiets ein.

#### Polnische Gewalttätigkeit gegen deutsche Domänenpächter.

Berlin, 15. Aug. Wie wir zur Lage der deutschen Domänenpäc-her in Polen erfahren, hat der Völkfahsterrat in Paris die polnische Regierung aufgefordert, die endgültige Anwendung der beabsichtigten Maßnahmen hinsichtlich der Domänenpächter, besonders was den Verkauf von Material und Vieh anbelangt, zu vertragen. Polen hatte bekanntlich am 14. 7. 19 auf Grund des Artikels 256 des Friedensvertrags, der die Erwerbung der Kron-Nechte im abgetrenn-ten deutschen Gebiet Polen zugesteh, ein Gesetz erlassen, wonach der polnische Staat für alle Güter, die früher dem Hause Hohenzollern und dem preussischen Fiskus gehört hatten, als Inhaber einzutragen sei und sie lastenfrei übernehmen dürfe. Auf Grund dieses Gesetzes,

das in diesen Bestimmungen im Friedensvertrag keine Grundlage findet und deshalb deutschseits nie anerkannt worden ist, wurden bei dem weitaus größten Teil der Domänenpächter Zwangsverwaltungen eingesetzt, obwohl diese den Eingriff in die schwebenden Verträge gerichtlich angefochten hatten. Ferner wurde zwangsweise Entfernung der Pächter von den Gütern auf administrativem Wege vielfach angeordnet. Auch wenn diese letztere Maßnahme auf Anordnung von Warschau aus am 1. 7. rückgängig gemacht worden ist, so wurde dieser Widerruf von den untergeordneten Organen keineswegs beachtet. Außerdem wurden von den neuen Pächtern auf gerichtlichem Wege Ermittlungsverfahren eingeleitet, die von den polnischen Gerichten mit ungewöhnlicher Schnelligkeit bearbeitet und von den gerichtlichen Exekutivbeamten noch schneller ausgeführt wurden. Angesichts der Tatsachen bedeutet der Beschluß des Pariser Völkervertrages hinsichtlich einer, wenn auch nur vorläufigen Erleichterung für die deutschen Domänenpächter.

### Die wirtschaftliche Angliederung Danzigs an Polen.

Danzig, 15. Aug. Im Hauptauschuß des Danziger Volkstages erstattete heute Senator Jędrzejowski Bericht über das zur Unterzeichnung fertig vorliegende Wirtschaftsabkommen zwischen Danzig und Polen. Danach wird es ab 1. 4. 22 zwischen Danzig und Polen keine Wirtschaftsgrenzen mehr geben.

### Vorübergehende Herabsetzung der deutschen Kohlenlieferungen.

Paris, 15. Aug. Wie der „Temps“ mitteilt, hat die Reparationskommission die Kohlenlieferungen, wie sie im Abkommen von Spa vorgesehen, vorübergehend herabgesetzt. Diese Herabsetzung ist von der Kommission für notwendig gehalten worden, um einem augenblicklichen Produktionsdefizit Rechnung zu tragen. Das theoretische Programm von 2,2 Millionen Tonnen monatlicher Gesamtlieferung an die Alliierten bleibt aufrechterhalten. Man ist sich aber darüber einig geworden, daß man von Deutschland mit besonderer Dringlichkeit die Lieferung von 1,6 Millionen Tonnen Kohlen verlangen muß, wovon Frankreich und Luxemburg 1,1 Millionen zusehen. Das ist die Grundlage, auf der die Lieferungen gegenwärtig vor sich gehen.

### Aus dem besetzten Gebiet.

#### Wahlberechtigung der Franzosen im Saargebiet.

(Ortl.) Frankfurt a. M., 13. Aug. Nach einer Mitteilung der Handelskammer Saarbrücken, zu der im kommenden Herbst neue Wahlen stattfinden, sind nach der vor kurzem von der Regierungskommission erlassenen Verordnung über den Begriff Saareinwohner alle als Saareinwohner zu bezeichnenden Personen zur Wahlberechtigung gekommen. Saareinwohner sind nach dieser Verordnung alle seit 2 Jahren im Saargebiet ansässigen Personen und auch solche, die auf Grund eines Anstellungsvertrags nachweisen können, daß sie bei einer Behörde, Körperschaft usw. des Saargebiets seit mindestens 1 Jahre beschäftigt sind. Durch diese Bestimmung werden alle französischen Staatsangehörigen, sofern sie seit dem 15. Juli 1919 im Saargebiet ansässig sind, und alle französischen und anderen ausländischen Beamten, die seit 1 Jahre in einer Behörde des Saargebiets angestellt sind, zur Wahl für die örtlichen Vertretungen und öffentlichen Körperschaften wie die eingesehene Deutschen gleichberechtigt zugelassen. Das war der Zweck dieser Verordnung.

#### Ausweisung eines Redakteurs.

Düsseldorf, 13. Aug. Durch die Zeitungen ist bereits mitgeteilt worden, daß die französische Besatzungsbehörde in Düsseldorf am 9. August den Leiter der Wochenzeitung „Ring der Volksgemeinschaft“, die schon vor einigen Wochen für drei Monate verboten wurde, ausgewiesen hat. Inzwischen ist bekannt geworden, wie die Franzosen gegenüber dem unbeliebten Mann verfahren sind. Sie haben ihn durch 2 Gendarmen aus seinem Arbeitszimmer herausgeholt und vor die zuständige Behörde führen lassen. Dort hat man ihm erst auf sehr engermaßen Drängen hin den schriftlichen Ausweisungsbefehl gezeigt. Die Ausweisung sollte erfolgen auf Grund seiner „politischen Haltung und Haltung“. Nach Erledigung von allerhand „Formalitäten“ hat man den Mann mit Ketten gefesselt und dann durch die beiden Gendarmen zum Bahnhof und in den Zug bringen lassen. An der Grenze des besetzten Gebiets hat man die Fesseln gelöst und ihn seines Weges gehen lassen. Zu der unerhörten Tatsache, daß man den Mann wie einen Schwerverbrecher mit Ketten fesselte, kommt das andere Unerhörte, daß ihm seine Witte, sich von seiner Frau und seinen Kindern verabschieden zu können, rundweg abgelehnt wurde.

#### Wieder eine Ausweisung.

(Ortl.) Köln, 15. Aug. Durch Verfügung der Interalliierten Rheinlandskommission ist der Buchdrucker Eduard Senfel aus Köln aus dem besetzten Gebiet ausgewiesen worden. Ueber die Gründe der Ausweisung ist bisher nichts bekannt geworden.

### Deutschland.

#### Aufhebung des letzten Sondergerichts.

Berlin, 15. Aug. Der Reichsminister der Justiz hat das Ausnahmegericht in Halle a. S. zum 15. August aufgehoben. Damit ist die Tätigkeit der außerordentlichen Gerichte, die auf Grund der Verordnung des Reichspräsidenten vom 29. März 1921 eingesetzt waren, ganz beendet. Die übrigen außerordentlichen Gerichte sind schon früher aufgehoben worden.

#### Eisenbahnerstreik in Mitteldeutschland.

Kassel, 15. Aug. An dem auf dem Bahnhof Oberkassel ausgebrochenen wilden Streik sind die Arbeiter der hiesigen Eisenbahnwerkstätte, Kohlenarbeiter, Hilfsbeizler und Wagenputzer beteiligt. Nachdem am Sonntag die Aussicht auf die Beilegung des Streiks auf friedlichem Wege günstig gewesen war, haben sich die Verhältnisse durch das Eingreifen der Kommunisten, die in Automobilen nach Badra-Göttingen, Marburg und anderen Orten fuhren, um die dortige Arbeiterchaft zum Streik zu bewegen, erheblich verschärft. In Marburg

### Ämtliche Bekanntmachungen.

#### Ordnungliche Jahresabrechnung der Gebäude.

Die Schultheißenämter werden auf den Erlass des Verwaltungsstatutes der Gebäudebrandversicherungsanstalt vom 29. Juni 1921 Nr. 1079 Min. Amtsbl. S. 157 besonders hingewiesen. Calw, den 10. August 1921.

Oberamt: G. S.

solten die Arbeiter ebenfalls in den Streik getreten sein. Auch soll die Arbeitseinstellung auf die Bezirke Frankfurt a. M. und Erfurt übergriffen haben. Die Eisenbahndirektion hat in einem Anschlag die streikenden Arbeiter aufgefordert, den planmäßigen Dienst sofort wieder aufzunehmen, andernfalls sie als entlassen gelten. Eine Reihe von Arbeitern hatte sich daraufhin zur Arbeit gemeldet, doch wurde sie von jüngeren Streikposten an der Verichtung der Arbeit verhindert. Einige junge Personen, die den Betrieb auf den Bahngleisen störten, wurden verhaftet. Der Eisenbahndirektionspräsident hat die Beamten zur Nothilfe aufgefordert, welcher Aufforderung seitens der Beamten sofort entsprochen wurde. So konnte der Eisenbahnbetrieb im wesentlichen aufrecht erhalten werden. Die Reichsgewerkschaft deutscher Eisenbahnbeamten und -Anwärter hat es, obwohl sie die Forderung der Arbeiter an sich anerkennt, entschieden abgelehnt, den wilden Streik durch dessen Ausbruch die Verhandlungsmöglichkeiten nicht erschöpft waren, irgendwie zu unterstützen.

Kassel, 15. Aug. Der Streik der Eisenbahnarbeiter hat sich in Kassel auf die Arbeiter der Hauptwerkstätten und auf einige Bahnmessereien und Güterabfertigungen ausgedehnt. Außerdem sind in zwischen Arbeiter in Marburg, Freysa, Bad Wildungen und Paderborn in den Streik getreten. — Unter sorgfältiger Aufsicht der Beamten fast aller Gruppen, ist es gelungen, den gesamten Personen- und Güterverkehr mit unbedeutenden Ausnahmen in Stand zu halten. Es wird indessen erforderlich sein, den Personenverkehr etwas einzuschränken. Näheres darüber wird durch Anschläge auf den Bahnhöfen bekanntgegeben.

Kassel, 13. Aug. Wie die Eisenbahndirektion amtlich bekannt gibt, hat der Eisenbahnerstreik auf die Bahnhöfe Hannoverischer Mühlben, Göttingen, Nordheim, Seelen, Marburg und Scherfelde übergriffen. Einige Personenzüge mußten auf kürzere Entfernungen ausfallen. Im übrigen wird der gesamte Personen- und Güterverkehr aufrecht erhalten.

#### Streik in Bremen.

Bremen, 15. Aug. Der Streik der Staatsarbeiter nimmt seinen Fortgang. Die Technische Nothilfe ist in allen lebenswichtigen Betrieben eingesetzt. Die Großindustrie ist zum Teil lahmgelegt, da die Abgabe von elektrischem Strom nur an die lebenswichtigen Betriebe erfolgt. Der Straßenbahnverkehr ruht nach wie vor. Die Aktiengesellschaft Weser kann infolge eigener Kraftversorgung ihren Betrieb aufrecht erhalten. Die Arbeiter sind vollzählig zur Arbeit erschienen, üben aber passive Resistenz. Der Senat trat mittags erneut zu einer Beratung wegen des Streiks zusammen, an der ein Ministerialvertreter aus Berlin teilnahm.

#### Explosionsunglück.

Breslau, 15. Aug. Als in der vergangenen Nacht mehrere Arbeiter in dem großen Kesselhaus der Ueberlandzentrale in Tschersch, Kreis Breslau, in dem sich 7 Kessel befanden, beschäftigt waren, entstand plötzlich in Kessel 5 eine heftige Rauchentwicklung der alsbald eine ungeheure Explosion folgte. Ein Arbeiter vermochte sich ins Freie zu stürzen. Gleich darauf stürzten die Pfeiler des Kesselbunkers zusammen und schütteten ihren Inhalt, ungefähr 3000 Tonnen, ins Kesselhaus, alles unter sich begrabend. Die Wesselfeste des Kesselhauses ist vollständig eingedrückt. Ein Arbeiter wurde schwer verletzt und ist inzwischen seinen Verletzungen erlegen, zwei weitere wurden unter den Trümmern des Kesselhauses begraben und sind bis jetzt noch nicht geborgen. Durch die Wucht der Explosion wurde auch das Dach des angrenzenden Maschinenhauses zum Einsturz gebracht. Die Ursache der Katastrophe ist noch nicht festgestellt.

#### Sturmshaden.

Reichenberg i. B., 15. Aug. Eine Windstöße hat in dem Hochwaldbestand des Saargebiets ungeheure Verheerungen angerichtet. Ueber 20000 Festmeter Holz wurden gebrochen. Auch einige Ortschaften wurden schwer heimgesucht.

### Vermischte Nachrichten.

Berlin, 15. Aug. Schulstreik. Eine Elternversammlung in der Gartenstadt Staaten bei Berlin beschloß, am 16. August in den Schulstreik zu treten, um dadurch die Schaffung eines Notgesetzes zu erzwingen, das die aus dem konfessionellen Religionsunterricht ausgeschiedenen Kinder in freien Schulen zusammenzufassen zuläßt.

Berlin, 15. Aug. Großfeuer. Nach einer Meldung des „Berliner Tageblatts“ aus Duisburg ist das mit großen Getreide- und Mehlvorräten gefüllte Mühlengebäude der Rheinischen Mühlenwerke Cöhen und Co. durch Großfeuer vollständig vernichtet worden. Der Schaden wird auf mehrere Millionen Mark geschätzt.

Harburg, 16. Aug. Der Streik in der Zellindustrie dauert fort. Die Streikenden haben nach der Ablehnung des Angebots der Arbeitgeber auch den Spruch des Zentralschlichtungsausschusses in Berlin nicht angenommen. Nach der Ablehnung des Spruches ist eine neue Urabstimmung beschlossen worden. Die Darbeiter in Bremen haben mit Zweidrittelmehrheit beschlossen, die Arbeit wieder aufzunehmen.

Berlin, 15. Aug. Deutsche Kinder in der Schweiz. Auf Veranlassung des Reichsarbeitsministeriums sind wiederum 53 Kinder nach der Schweiz entsandt worden und wohlbehalten in Davos angekommen. Es handelt sich um lungenkranke Kinder von Kriegsschicksaligen und um Kriegserwaisnen, die mit privater Unterstützung im deutschen Kinderkurenhaus Davos Aufnahme fanden.

Bern, 15. Aug. Heute traf ein Sonderzug ein, der über 700 deutsche Kinder, dazu noch einige Hundert im Ausland wohnende schweizerische Kinder zu mehrwöchigem Aufenthalt nach der Schweiz brachte. Nach und nach sind in der Schweiz über 25000 deutsche Kinder untergebracht worden, darunter befindet sich eine große Anzahl von tuberkulösen Kindern, die durch Kuren von 3 Monaten bis zu

einem Jahr in den Heimen der schweizerisch-deutschen Hilfskommission gerettet werden sollen. Die dafür notwendigen Geldmittel wurden hauptsächlich in Amerika, außerdem auch in England, Dänemark und Spanien aufgebracht. Auch der Papst hat sich mit erheblichen Mitteln beteiligt.

Rom, 16. Aug. Erdbeben. Wie aus Romare gemeldet wird, ereignete sich in Grynthra ein Erdbeben, das namentlich Mosaura und seine Umgebung betroffen hat. Vier Menschen wurden getötet, etwa 20 verletzt. Mehrere Häuser wurden zerstört, andere beschädigt. Auch aus anderen Gegenden werden Schäden und Opfer gemeldet. Der Minister der Kolonien ordnete sofortige Hilfsmaßnahmen an.

### Aus Stadt und Land.

Calw, den 16. August 1921.

#### Ueberwachung des Handels mit Heu und Stroh.

Von zuständiger Seite wird mitgeteilt: Da sich, wie bereits mitgeteilt, in letzter Zeit die Klagen über die preistreibende Tätigkeit im Lande umherreisender hauptsächlich landfremder Verkäufer von Heu und Stroh gehäuft haben, wurden sämtliche in Betracht kommenden Stellen angewiesen, die Tätigkeit dieser Händler aufs schärfste zu überwachen und gegen wilde Händler, sowie gegen Verschleppungen insbesondere auch auf dem Gebiete der Preisstreberei rücksichtslos einzuschreiten. Zur Erleichterung dieser verschärften Kontrolle, die, nachdem Bayern und neuereins auch Baden den Versand von Heu bzw. Stroh aus Württemberg nach auswärts bergischen Orten von der Verbringung eines abgestempelten Frachtbriefes, sowie es sich um Bahntransporte handelt, und hinsichtlich jeder anderen Art der Beförderung von der Verbringung eines Beförderungsscheins abhängig gemacht. Zuständig zur Ausstellung dieser Papiere ist die Württ. Landesfüttermittellstelle in Stuttgart.

#### Ermäßigung der Zeitkartentariife.

Auf Eingaben an den Reichswirtschaftsrat, den Reichstag und die zuständigen Ministerien erhielt der Zentralverband der Angestellten in Berlin folgenden Bescheid: Die Erhöhung der Fahrpreise am 1. Juni war zur Deckung des Defizits der Reichseisenbahnen nicht zu umgehen. Um das Ziel der Tarifserhöhung zu erreichen, war es nicht angängig, die Wochen- und Monatskarten von dieser Maßnahme auszunehmen. Es sind aber wegen der gegenwärtigen schwierigen Lage des Arbeitsmarktes Ermäßigungen der Zeitkartentariife in Aussicht genommen, die insbesondere für die Wochenkarten wesentliche Erleichterungen bedeuten. Die Wochenkarte wird künftig zu vier einfachen Fahrten zum normalen Fahrpreis berechnet werden, so daß der Inhaber bereits nach 2 Hin- und Rückfahrten zur Arbeitsstätte die übrigen Fahrten frei hat. Die Neuregelung wird sich aber infolge des umfangreichen Neudrucks der Fahrkarten nicht vor dem 1. September ermöglichen lassen.

#### Die neuen Reichsflaggen.

Am 11. August, am Verfassungstag, an dem vor zwei Jahren die neue Verfassung des Deutschen Reiches in Kraft trat, haben die Dienstgebäude Berlins zum erstenmal mit den neuen Flaggen, die Militärdenkmalgebäude zum erstenmal mit der neuen Kriegsflagge geflaggt. Letztere Flagge besteht aus schwarz-weiß-roten Querstreifen und trägt in der Mitte das Eisene Kreuz. In dem schwarzen Streifen befindet sich an der Spitze ein Obereck (eine Götze) mit den Reichsfarben wie in der Reichsflagge. Auf den preussischen Staatsgebäuden wurde die preussische Flagge mit dem alten Adler gehißt, weil der neue Adler vom Staatsministerium zwar bereits genehmigt, die technische Durcharbeitung für die verschiedenen Zwecke aber noch nicht durchgeführt werden konnte.

#### Die amtliche Württembergische Kriegsgeschichte.

Auch in Württemberg ist eine eingehende siesende Aufstellung der Leistungen der Landesfinder an Hand der Akten des früheren württembergischen Kriegsarchivs bei Zeiten vorgehen. Da bereits in den nächsten Monaten mit der Herausgabe der ersten Einzelhefte des 20 Bändchen umfassenden Sammelwerkes begonnen wird, markiert Württemberg sogar an der Spitze aller amtlichen Veröffentlichungen über den Weltkrieg. Das ist besonders dem verstorbenen württembergischen Kriegsminister von Marchtaler, der den Grund gelegt, sowie den württembergischen Landeskommandanten Generalleutnant Haas und Generalleutnant Walter Reinhardt zu danken, die die Zusammenarbeit der hervorragenden württembergischen militärischen Führer und Militärschriftsteller bestens gefördert haben. So wird das Werk „Württemberg's Heer im Weltkrieg“ von besonderem historischem Interesse sein und bis zu den Kindern und Kindeskindern persönlichen Erinnerungswert für jeden Württemberger haben. Für jede württembergische Division ist ein Heft vorgesehen, dessen Preis 10—15 M betragen wird. In ähnlicher Preislage sollen sich die Bändchen über die Entwicklung des württembergischen Heerwesens, über die württembergischen Kommandobehörden (S. G. R. Herzog Albrecht, G. R. 13, G. R. z. B. 64), über Landsturm-Armierungs- und Gefangenenerwartungstruppen, über Infanteriere, über Technische Truppen, über Gebirgs- und Sturmtruppen, über Sanitätswesen, über Feldverwaltung, Etappen und Ersatzformationen, über Statistik und Verluste, halten, sobald eine weite Verbreitung dieser Erinnerungsbändchen möglich ist.

#### Der amerikanische Bohnenkäfer.

Wie wir den „Mitteilungen der Deutschen Landwirtschaftsgesellschaft“ entnehmen, ist in Deutschland eine Art der amerikanischen Bohnenkäfer beobachtet worden. Es handelt sich um einen Samenkäfer, der vorwiegend in trockenen Vorräten von Hülsenfrüchten eine derartige Gefährlichkeit entwickelt, daß ganze Fruchthäuser in Schutt verandert werden. Man tut daher gut, seine Vorräte an Hülsenfrüchten, die wir ja auch vielfach aus Amerika beziehen, eifrig zu beobachten.

### Ständiges Inferieren bringt Erfolg!

### Familienn

Stuttgart, 14. ... geleitet unter ... Frau ... gebürtig ... Herr ... die ... ein nach dem ... fache einnimmt ... menstraußes ... fichte ... Die ... folgen ... hrenhor, ebenso ... durch die Vergn ... flichtner. Wie ... für die Kinder, ... Kinderfähr ... Der Tag wird in ... Schwarzwälder ...

### Bon

(S. 8) ... Zentralvermittlung ... ist der Obfgrö ... Umgebung komm ... aus Baden und ... Frühbitnen wurde ... sag ist schleppend ... zurück; der Klein ... auf dem Wilshe ... klein, die Ware ... gierend. — Der ... Jahr wird im ... nicht mehr. Auc ... trotz des endlich ... zu erhoffen. Die ... wehrt; aber trotz ... den und die mei ... fichte an der Jü ... feit. Die Nieder ... den Gelbbrisen ... Kartoffeln noch ... je zu spät.

### Die

(S. 8) ... Stun ... ter Entfernung ... unterziehen, best ... Zeit zwischen nac ... läuft, auf dem ... gen an saurer M ... konnten, verbode ... Milch sofort gerei ... rungsprozess besch ... wird. Es ist mö ... hen Teil der hier ... durch den äußere ... Störungen im W ... nicht ausbleiben ... gegenüber den V ... eine sehr wesentli ... die auf dem Geb ... dem Kriege und ... weitgehend darin ... licher Beziehung ... zulänglich waren ... zur Schaffung d ... nach dem Krieg ... richtungen unum ... Verhältnisse sich ... viel weiter entfe ... ständlichen Beob ...

### Beib

(S. 8) ... Stun ... schuß des Lan ... alten Recht der ... rühtet werden ...

### U

(S. 8) ... Stun ... in Stuttgart a ... auch die Jagdhu ... Kaufartedel ... angegliedert, wo ... sind. Bei Deut ... Es empfiel die ... Jagdhunden, die ... 26. August. Kr ... ftenstrage.

### Nutmaßlich

Die ... woch und Donn ... feiterung unbe ...

b. Bad Zein ... die Geschäftserg ... Calw, die kürz ... men, daß der ... Monate wähen ... 1920 — bereits ... Dieser schöne G ... lassenveröone, d ... wirkt, eine Not ... Zeinach keine S ... wir, daß der ju ...



## Amtsversammlung.

Am Samstag fand unter dem Vorsitz von Oberamtmann Göts in großen Rathssaal in Calw eine Amtsversammlung statt, an der auch Oberamtmann Röder in Maulbronn als Vertreter des Kanalvereins und zum ersten Male eine Frau, Frau G.R. Konz, teilnahm. Der Vorsitzende gedachte zuerst in ehrenden Worten der zwei verstorbenen langjährigen Amtsversammlungsmitglieder, der Schultheißen Hanselmann in Liebersberg und Klotz in Monakam, zu deren Andenken sich die Versammlung von den Sigen erhob. Die wichtigsten Punkte der Tagesordnung waren die Beteiligung der Amtskörperschaft am Bau des Neckarkanals und die Besoldungsordnung für die Amtskörperschaftsbeamten. Der Vorsitzende führte in Bezug des Neckarkanals aus, daß der Gedanke zur Erbauung eines Neckarkanals von Mannheim bis in das Innere von Württemberg nichts Neues sei, die Ausführung sei aber stets an dem unfreundlichen Verhalten des Nachbarlandes Baden gescheitert. Durch die Revolution sei jedoch das Projekt wieder neu aufgetaucht und sofort mächtig gefördert worden. Es sei ein Staatsvertrag zwischen dem Reich, Württemberg, Baden und Hessen zustande gekommen, so daß sofort an den Ausbau des Kanals herangetreten werden könne. Durch den Kanal werde nicht nur eine große Wasserstraße sondern auch eine große Menge elektrischer Kraft geschaffen. Die Ausführung sei einer Aktiengesellschaft übertragen worden. Württemberg habe sich an den Kosten mit 80 Millionen M zu beteiligen, davon sollten die Amtskörperschaften 50 und die Industrie 30 Millionen M aufbringen. Je nach der Entfernung seien die Oberamtsbezirke in vier Zonen eingeteilt worden. In der vierten Zone, wozu Calw gehöre, betrage der Beitrag pro Kopf der Bevölkerung 5 M. Die Amtskörperschaft treffe somit bei einer Einwohnerzahl des Bezirks von nicht ganz 30 000 ein Betrag von 145 000 Mark. Der Bezirksrat habe sich mit diesem Antrag einverstanden erklärt unter der Bedingung, daß auch die Amtskörperschaft ihre Zustimmung gebe. Man müsse natürlich den Beitrag nicht unter dem Gesichtspunkt des Bezirksinteresses sondern in Hinblick auf das gesamte Staatswohl betrachten. Die Gesamtkosten betragen 2400 Millionen, die Bauzeit sei auf 12 Jahre festgesetzt; an Obligationen werden 350 Millionen ausgegeben. Oberamtmann Röder gab sodann noch nähere, eingehende Aufschlüsse über das ganze Projekt. Er ging auf die einzelnen Positionen ein und teilte mit, daß sämtliche Amtskorporationen mit Ausnahme von Freudenstadt, wo besondere Gründe vorliegen, sich für den angenommenen Beitrag, der zu 5 Prozent verzinst werde, ausgesprochen habe. Die Ausführung des Kanals werde für das Land große allgemeine Vorteile bringen, der Arbeitsmarkt werde sich beleben, es werde Arbeitsgelegenheit geschaffen und die Arbeitslosigkeit beseitigt, Industrie und Handwerk werde großen Nutzen ziehen, im übrigen müsse bei der Beurteilung des Wertes der Vorteil für das öffentliche Wohl obenansehen. Direktor Sannwald ist von den großen Vorteilen nicht vollständig überzeugt, er hält die gegenwärtige Zeit für den Ausbau nicht geeignet, glaubt auch nicht, daß die angeforderte Summe ausreichen werde, ist im Grundjah aber nicht gegen die Ausführung und hält deshalb eine Beteiligung mit 30 000 M für genügend. Verwaltungsaktuar Staudenmeyer tritt warm für die Beteiligung ein, er hält den Kanal im Interesse des ganzen Landes für notwendig und meint, es sei kein Grund zum Verzagen vorhanden. Der Kanal werde eine große kulturelle Arbeit bedeuten. Landtagsabgeordneter

Dingler hat im Bezirksrat dagegen gestimmt, er weist auf die großen Lasten hin, die das Volk zu tragen habe und die für jedes Oberamt 100 Millionen M betrage, der Gewinn des Kanals werde für das Land nicht so groß sein, wie man glaube. Er wolle aber nicht gegen den ganzen Betrag stimmen, sondern könne sich dem Antrag Sannwald anschließen. G.R. Störtr tritt für die Bewilligung ein, er erinnert an den drohenden Verlust von Oberflächen und an die Notwendigkeit des Ausbaus der Wasserstraßen. Oberamtmann Röder entgegnet in sachlichen Ausführungen auf die verschiedenen Einwendungen, worauf der Vorsitzende nochmals warm für den Gesamtbetrag eintritt und darauf hinweist, daß Calw früher eine führende Stellung in der Industrie eingenommen habe und es nicht verstanden werden könnte, wenn bei dieser wichtigen Kanalfrage der Bezirk beiseite stehen würde. Bei der Abstimmung wird der Betrag von 145 000 M mit 18 gegen 11 Stimmen genehmigt.

Die Besoldungsordnung hat der Bezirksrat in zwei Sitzungen eingehend beraten. Größere Schwierigkeiten machte die Straßenwärtersfrage, die Stellung des Krankenhausesarztes und des Katastergeometers. Bei den Straßenwärtern wurde bestimmt, daß bei Neuansstellungen der Straßenwärters nicht mehr als Beamter, sondern als freier Arbeiter anzustellen sei. Kinderzulagen sollen bei den Straßenwärtern nur bei Kindern bis zu 14 Jahren bezahlt werden, da die Kinder über 14 Jahre in einen Beruf eintreten oder erwerbsfähig sein können. Ausnahmen treten bei erwerbsunfähigen Kindern ein. Die Katastergeometer wurden zunächst in die Besoldungsordnung eingegliedert, ihre dienstliche Stellung wird voraussichtlich durch das Ministerium neu geregelt werden. Bei allen Beamten wurde der Grundsatz ausgesprochen, daß sie feste Gehälter beziehen und daß demnach alle Nebenannahmen wegfallen sollen. Die Gebühren für Dienstleistungen fallen in die Oberamtspflege. Aufwand für Kanzleikosten und dergl. wird besonders vergütet. Den Techniker ist es gestattet, Baupläne für die Gemeinden auszuarbeiten, wofür sie 1 Prozent (statt bisher 2 Prozent) der Bausumme erhalten sollen. Im übrigen werden die Amtskörperschaftsbeamten nach der Verfügung des Ministeriums eingestuft. In Gruppe 1 kommen die Straßenwärters, welche vor dem 1. April 1921 angestellt waren. Ihr Einkommen wird zu 80 Prozent der Gruppe angenommen. In Gruppe 2 kommt der Hausmeister von der Wanderarbeitsstätte, in Gruppe 3 der Kassendienter bei der Oberamtspflege, in Gruppe 8 und 9 die mittleren Beamten wie Oberamtspfleger usw. und zwar je nach Lebens- und Dienstalter, in Gruppe 10 der Krankenhausarzt. Dabei wurde bestimmt, daß Paragraph 8, Abs. 3 der Ministerialverordnung auch bei einigen Beamten Anwendung zu finden habe. Es sollen deshalb aus bestimmten Gründen einige ältere Beamten für ihre Person in die nächst höhere Gruppe eingereiht werden. Der Krankenhausarzt wurde deshalb in Gruppe 11 und Verwaltungsaktuar Staudenmeyer, Oberamtspfleger Fochter und Verwaltungsaktuar Hilgardt in Gruppe 10 eingestuft. Die Aufwandsentschädigung für die Verwaltungsaktuar wird durch Festsetzung einer Pauschalsumme neu geregelt. Die Vorschläge des Bezirksrats wurden mit wenigen Änderungen nach einer unerheblichen Debatte einstimmig genehmigt.

Bei der Wahl eines Vertreters der Amtskörperschaft zwecks Durchführung des Gesetzes betr. Amtsenthebung dienstunfähiger Körperschaftsbeamter wurde der bisherige Vertreter Verwaltungsaktuar Staudenmeyer durch Zuzuf wiederge-

wählt. — Die Amtskörperschaft hat verschiedene Anleihen genehmigt und den Betrag von 1 133 389 M bei der Oberamtsparlasse, die über viel flüssiges Geld verfügt, aufgenommen. Die Versammlung ist damit einverstanden. — Das Kartengeld des Oberamtsbaumwirts wird von 600 M auf 1000 M erhöht und die Entschädigung für Reisekosten neu geregelt. — Die Verpflegungssätze des Bezirkskrankenhauses wurden durch den Bezirksrat vom 1. Mai an neu festgesetzt. Durch die Erhöhung verschiedener Lebens- und Bedarfsartikel müssen die Sätze bereits wieder einer Revision unterzogen werden. Dem Bezirksrat wird daher allgemein die Ermächtigung ausgesprochen, die Verpflegungssätze im Bedarfsfall zu festzusetzen. — Auf ein Gesuch des Schwarzwaldderens wird für die Jugendherbergen ein Jahresbeitrag von 100 M bewilligt. — Zur Postwagenverbindung zwischen Dachtel und Calw wird ein Beitrag von 300 M genehmigt; die Postverbindung, für die im ganzen 2000 Mark gefordert werden, ist damit und durch andere Beiträge gesichert. — Die Gebühren für Farrenschau werden erhöht. Nachdem der Vorsitzende noch auf die Gefahr der Entstehung von Waldbränden aufmerksam gemacht hatte, bringt Oberpräzipior Baechle den eingetretenen Mehlmangel zur Sprache. Er weist auf die Bekanntmachung der Freien Wählerinnung hin und ersucht zur Berücksichtigung der Einwohnerinnung nähere Aufklärung über den Mangel und über den Grund zur Anhebung des neuen Mehlpreises für das alte noch nicht gelieferte Mehl; zugleich fragte er an, ob die Preisspannung nicht aus den Ersparnissen des Kommunalverbandes gedeckt werden könne. Der Vorsitzende gibt über die Angelegenheit in eingehenden Ausführungen eine überzeugende und klare Aufklärung. An dem Mehlmangel, der jetzt in der Uebergangszeit zur halbfreien Bewirtschaftung entstanden sei und der trotz aller Vorsicht und Bemühungen nicht gehoben werden konnte, seien hauptsächlich 3 Faktoren schuldig, die Verbraucher, die infolge der hohen Fleischpreise einen größeren Brotverbrauch hatten, die Bäcker, die viel Mehl ohne Marken im voraus gegen späteren Ertrag abgegeben hatten und die Selbstversorger, denen manche Schultheißen ein zu großes Entgegenkommen gezeigt hätten. Alle diese Vorkommnisse und noch andere Erscheinungen, die aber erst in letzter Zeit offenbar geworden seien, hätten zu dem bedauerlichen Mehlmangel beigetragen. Das Gerücht, als ob der Kommunalverband Mehl zurückhalte, sei völlig aus der Luft gegriffen. Eine vortrefflich gewordene Kommission hätte sich selbst von dieser Sachlage überzeugt. Auf den Kommunalverband könne eine Preisspannung zwischen altem und neuem Mehlpreis nicht übernommen werden, da die Ersparnisse des Verbandes sehr zusammengeschmolzen seien. Voraussichtlich werde am Montag ein Silowagen mit Mehl von Mannheim eintreffen und dadurch dem Mangel abgeholfen werden. Er (der Vorsitzende) hoffe mit seinen Ausführungen eine genügende Aufklärung gegeben zu haben und erlaube die Mitglieder der Versammlung, in ihren Kreisen beruhigend auf die Bevölkerung einzuwirken. Nach einer kleinen Diskussion, bei der einige Ortsvorsteher erklärten, daß sie bei Ausstellung von Mehlscheinen stets korrekt gehandelt hätten, wurde die Versammlung durch den Vorsitzenden geschlossen. — Das gemeinsame Mehl, das die Teilnehmer in jeder Hinsicht befriedigte, fand im Gasthaus zum Röhle statt.

Für die Schriftleitung verantwortlich J. W. Rudolph, Calw. Druck und Verlag der A. Döschlagerschen Buchdruckerei, Calw.

Der Kommunalverband verkauft solange Vorrat an Jedermann einen  
**kleinen Posten Matsmehl**  
gegen Barzahlung.  
Bestellungen sind bis spätestens Donnerstag beim Wirtschaftshaus, Bahnhofsstraße (Scharfes Eck) zu machen und sofort zu bezahlen.

Oberhangstett, den 14. August 1921.

**Dankagung.**



Für die vielen Beweise innigster Teilnahme beim Hinscheiden unserer lieben Schwester

**Mina**

sowie für die trostreichen Worte des Herrn Stadtpfarrer Lehms und den erhabenden Gesang des Herrn Hauptlehrer Gaiser mit seinen Sängerknaben sprechen den herzlichsten Dank aus

**Geschwister Pfeifer.**

Das neue **Favorit-Moden-Album** Herbst-Winter 1921/22 ist eingetroffen. Buchhändler, Häussler an der Brücke.

Geschäftshaus gleich welcher Branche gutgehend und existenzbedeutend in Stadt oder Land, gegen hohe Anzahlung zu kaufen gesucht. Angebote unter E. S. 183 an die Geschäftsstelle des Blattes.

**Würzbach Oberamt Calw.**  
**Fischwasser-Verpachtung.**  
Das Fischwasser der Gemeinde im Würzbachtal wird am Donnerstag, den 18. August 1921, vormittags 11 Uhr, auf dem Rathaus in Würzbach auf 6 Jahre verpachtet. Liebhaber sind eingeladen.  
Würzbach, den 13. August 1921.  
Schultheißenamt: Kurrle.

Meiner werten Kundschaft von hier und Umgebung zur gefälligen Kenntnisnahme, daß es bei mir jeden Morgen von 8 Uhr ab

**frisches, weißes Gebäck**

wie:  
**Brezeln, Milchbrot, Hörnle, Wecken usw. gibt.**

Auf Wunsch wird die Ware ins Haus geliefert.

Hochachtungsvoll  
**Hermann Dierlamm,**  
Bäckermelster, Biergasse.

**Süngere Heimarbeiterinnen**  
zum Anziehen und Abhangeln von Strickteilen zum sofortigen Eintritt gesucht.  
**Chr. Lud. Wagner, Westenfabrik.**  
Bewerberinnen wollen sich bei Herrn Obermeister Lörcher in der Mühle melden.

**Verloren**  
ging auf dem Wege von Stammheim bis Bahnhof Calw eine **goldene Damenuhr mit silb. Armband.**  
Bitte dieselbe gegen gute Belohnung abzugeben in der Geschäftsstelle dieses Blattes.

**Kunstausstellungen-Lose**  
nur M 120, Hauptgewinn **Mark 15 000**  
Zieh. garant. Donnerstag bei Friseur Witz.

**Gold. Damenuhr mit Armband**  
ist preiswert abzugeben. Zu erfragen in der Geschäftsstelle dieses Blattes.

**Salz**  
(geschmolzenen) **kauft**  
zum höchsten Tagespreis **R. Hauber.**

Zwei gute  **Milch-Ziegen** zu verkaufen. Von wem sagt die Geschäftsstelle dieses Blattes.

**Neubulach :: Kirche**  
Sonntag, den 21. August, abends 8 Uhr  
**Richard Jordan's**  
**Meisterbilderandacht**  
Karten zu 2 Mark bei Herrn G. Roller.  
Samstag, 20. August, abends 8 Uhr  
**Schüler-Feier.**  
Karten zu 1 Mark nur an der Kirche.

**Möbliertes Zimmer**  
für einen Herrn auf 1. September gesucht. Best. Angebote an Spar- u. Consumverein.

Lützenhardt. Keine  **Milch-Schweine** verkauft am Donnerstag ab 6 Uhr.  
Joh. Kentschler II.  
Ofstelsheim. Ein zum erstenmal 14 Wochen trächtiges, weißes  **Mutter-Schwein** verkauft  
Friedrich Nagel.

**Stachs- und Flachsbewerg**  
wird ohne Freigabe Schein an genommen z. Verpinnen und Weben.  
Fr. Frommer, Weber, Zavelstein.

**Dreschmaschine**  
Breitdrescher mindest. 1.60 Mr. Trommelbreite mit od. ohne Reinigung sehr gut erhalten kauft  
E. Stieber, Amberg Bayern.  
Ein noch guterhaltener **Sahrrad** hat preiswert zu verkaufen  
Chr. Kentschler, Bad Teinach.

Nr. 190.  
Die **Die Lloyd**  
London, 17. August.  
George u. a. noch Frage der Entt...  
gewesen sei. Es...  
Sanktionen nur...  
machungen abgele...  
machungen angen...  
führen. Die Mitt...  
dieser lästigen Z...  
rückereingekomm...  
Sanktionen seien...  
mungen des Freie...  
führt worden sei...  
Die Franzosen sch...  
tionen noch einig...  
frage wurde den...  
Paris abhalten u...  
frage bei der ni...  
behandeln. Es h...  
einer allmähliche...  
setzung und die...  
Ausgaben dafü...  
genau so viel J...  
Alliierten hätten...  
sehen, ein unmitt...  
den Ausgaben...  
tionen in Deutsch...  
für Reparationsz...  
Zweifel, daß sie...  
ten. Je mehr E...  
umso besser sei...  
nieder. Wenn D...  
die militärische...  
lästiger werden.  
Zwischenfälle vor...  
einige der Kontr...  
zu vermindern un...  
eine Regelung zu...  
Was die Sicherhei...  
des französischen...  
noch in der Erin...  
nicht eine berech...  
folge sein würd...  
Die wahre Sicher...  
von der Ent...  
tische Delegation...  
bestanden. Zwei...  
liche Atmosphäre...  
reich sich vor der...  
ihm so schweres...  
gen einmal versch...  
heimlich herzustel...  
komme immer an...  
Deutschen Reiches...  
einziges Schiff we...  
gelassen und kein...  
Alliierten nicht...  
reich. Deshalb k...  
das mit seiner fr...  
Lloyd George